

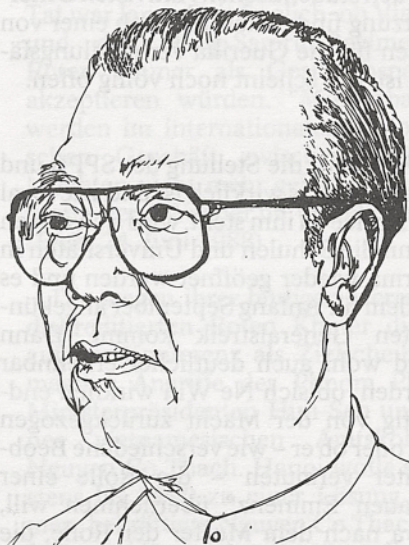
Burma in der Krise – eine Chronik

Burma ist plötzlich ins Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit gerückt. Seit dem Frühjahr gibt es Berichte über blutige Unruhen und wachsende Lebensmittelknappheit. Im Juli ist General Ne Win, seit Jahrzehnten Führer der Einheitspartei, abgetreten. Sein Nachfolger Sein Lwin überstand nur 18 Tage im Amt. Chronik und mögliche Hintergründe dieser jüngsten Entwicklungen sollen hier kurz zusammengefaßt werden.

Der außerordentliche Parteitag der Sozialistischen Programm Partei Burmas (SPPB) begann am 23. Juli dieses Jahres mit einer großen Überraschung. Ihr Vorsitzender und Mitbegründer Ne Win erklärte den Delegierten seinen Rücktritt vom Amt und kündigte außerdem den Rücktritt eines großen Teils der alten Führungsgarde der Regierungspartei an. Nicht weniger als 5 Spitzenfunktionäre wurden namentlich genannt: Vize-Vorsitzender San Yu (seit 1981 als amtierender Präsident der Republik Nachfolger Ne Wins in diesem Staatsamt), Generalsekretär Aye Ko (der auch Vizepräsident ist), der zweite Generalsekretär Sein Lwin (auch Sekretär des Staatsrates), Kyaw Htin (Verteidigungsminister) und Tun Tin (Finanz- und Planungsminister). Außerdem wurde eine ganze Palette staatlicher und parteibezogener Reformen angekündigt. Im Zentrum der Rede Ne Wins stand dabei eine grundlegende Änderung der staatlichen Wirtschaftspolitik, es ging aber auch um eine Veränderung der Statuten der Partei, so u.a. um eine Aufwertung des Zentralkomitees durch eine Erweiterung seiner Rechte.

Hintergrund der in dieser Form überraschenden Entwicklung sind wachsende Unzufriedenheit und offener Widerstand in immer breiteren Teilen der Bevölkerung mit der politischen Herrschaft der SPPB, insbesondere wohl auch mit der gravierend schlechten Wirtschaftslage. Ausdruck hiervon ist nicht nur eine Verschärfung des Guerillakriegs vor allem in den nördlichen Landesteilen im Laufe der letzten ein- einhalb Jahre. Seit Jahrzehnten kämpfen hier verschiedene ethnische und revolutionäre Gruppen und Organisationen mit bewaffneten Verbänden gegen Regierungstruppen. Diese Gruppen haben sich in der "Nationalen Demokratischen Front" (NDF) zusam-

mengeschlossen. 1986 vereinbarte die NDF eine Zusammenarbeit mit der bislang von ihr heftig bekämpften Kommunistischen Partei Burmas (CPB), die von der Volksrepublik China unterstützt wird und etwa 10.000 Guerillas unter Waffen haben soll. So steht der burmesischen Armee von 180.000 Soldaten seitdem eine koordinierte Streitmacht von rund 26.000 Aufständischen entgegen. (Vgl. hierzu auch die weiteren Artikel und Berichte in dieser Ausgabe.) Seit März dieses Jahres hat der offene Widerstand auch auf Städte, allen voran die Hauptstadt Rangoon übergegriffen, wo es zu Studentendemonstrationen kam, die unter Einsatz von Militär blutig erstickt wurden.



Sein Lwin

Auf diese Entwicklung will die Regierung offensichtlich mit einer Art Doppelstrategie antworten: Die nicht mehr haltbare, weitgehend auf Isolation angelegte Wirtschaftspolitik soll reformiert, zugleich aber das politische Herrschaftssystem soweit als möglich stabilisiert und aufrechterhalten werden. Daß die spektakulären Maßnah-

men auf dem außerordentlichen Parteitag vor allem auch auf letzteres abzielen, zeigte die erfolgte Ernennung des gerade zurückgetretenen Sein Lwin zum Nachfolger Ne Wins.

Die 18 Tage des Sein Lwin

Sein Lwin galt für lange Zeit als die rechte Hand Ne Wins, und sein Name ist in besonderem Maße mit Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung verbunden. So soll er schon 1950 – also bereits lange vor dem Machtantritt Ne Wins im Jahr 1961 – den Führer der Karen Rebellenbewegung (einer wichtigen ethnischen Minderheit), Saw Ba U Gyi, persönlich ermordet, 1962 die Niederschlagung der Studentenumruhen an Rangoons Universität geleitet, in den siebziger Jahren mehrere Säuberungsaktionen in der Regierungspartei durchgeführt und auch die Niederschlagung der Studentendemonstrationen von März und Juni dieses Jahres organisiert haben. Nach Berichten von Diplomaten ist Sein Lwin in der Bevölkerung einer der unpopulärsten Politiker des Landes, der häufig als der "Schlächter von Rangoon" oder auch schlicht als "Bluthund" bezeichnet werde. Es wird sogar spekuliert, daß etwa 60 bis 70 % des Offizierskorps gegen ihn opponieren.

Eine der ersten Maßnahmen des neuen starken Mannes nach seiner Ernennung zum Staatschef am 27. Juli war am 30. Juli die Verhaftung von 24 Regimegegnern, darunter Aung Gyi, ein führender Oppositioneller. Der frühere General und ehemalige enge Mitarbeiter von Ne Win hätte möglicherweise eine Integrationsfigur für die sich zwar rasch erweiternde aber auch stark zersplitterte Opposition gegen das bestehende Regime darstellen können.

Der Amtsantritt Sein Lwins hat zu den bisher größten Massenprotesten geführt. Am 2. August kam es u.a. wegen der Verhaftungen zu erneuten Studentendemonstrationen in Rangoon. Daraufhin wurden für die Stadt am 3. August der Notstand und das Kriegsrecht verhängt. Ein Marsch von etwa 200 Studenten am 4. August durch das Zentrum der Hauptstadt blieb noch ohne ernstere Zwischenfälle. 2 Tage später wurden jedoch durch die Sicherheitskräfte bei Studentendemonstrationen in Pegu und in Thanatpin 5 Menschen getötet und 19 weitere verletzt. Am 8. August gab es, so berichtete selbst der staatliche Rundfunk, in mindestens fünfzehn größeren Städten Demonstrationen, darunter in Rangoon einen Demonstrationzug, an dem nach Schätzungen bis zu 100.000 Menschen teilgenommen haben und in dessen Verlauf es glücklicherweise keine Toten gegeben hat. Am 9. August jedoch wurden bei erneuten Großdemonstrationen, an denen erstmals auch in größerem Umfang buddhistische Mönche teilnahmen, mehr als 200 Personen von Militär und Polizei getötet und über 1500 festgenommen. Zentrale Forderung war überall der Rücktritt Sein Lwins. Er wurde vor allem für den Tod von über 400 Student(inn)en, die allein in diesem Jahr bei den Unruhen "umgekommen" sein sollen, verantwortlich gemacht, ferner für zahlreiche Mißhandlungen, Folterungen und Vergewaltigungen durch die berüchtigte Spezialpolizei "lon htein".

Am 10. August eskalierte der Konflikt weiter, da bei neuen Massenprotesten die Demonstranten erstmals zum Gegenangriff auf die "Sicherheitskräfte" des Regimes übergingen und vermutlich drei Polizisten und drei Soldaten töteten. Nach einer weiteren Ausdehnung der Demonstrationen und Proteste am 11. August, bei denen es wiederum zahlreiche Tote und Verletzte gab – Berichte sprachen anfänglich von mindestens 88 Toten, später von bis zu 3000 –, gibt das Zentralkomitee der SPPB am 12. August überraschend bekannt, daß Sein Lwin seinen Rücktritt vom Posten des Parteivorsitzenden und auch als Mitglied des ZK erklärt hat. In Rangoon und zahlreichen Städten kommt es zu Freudenkundgebungen. Völlig unklar ist bisher, wer die Proteste und Demonstrationen koordiniert, wieviel hier der Ausbruch spontanen Unmuts und wieviel Ausdruck organisierter Opposition ist. Sollte es eine Führung geben, so ist es ihr bislang gelungen, unentdeckt und damit auch unangreifbar zu bleiben.

Hintergrund für den anscheinend von der Mehrheit der politischen Führung und der Armeeführung erzwungene

nen Rücktritt Sein Lwins ist wohl u.a. die Tatsache, daß die Armee es sich nicht länger leisten konnte, Truppen aus den Aufstandsgebieten in den Grenzregionen abzuziehen, um die Sicherheitskräfte in den Städten zu verstärken, ohne das Risiko eines militärischen Einbruchs an mehreren Frontabschnitten einzugehen. Denn auch aus der Armee gibt es inzwischen öffentlich geäußerte Kritik an der Führung des Landes - in Burma ein unerhörter Vorgang. Korruption und mangelnde Versorgung der gegen die stärker werdenden Guerilla-Verbände kämpfenden Truppen mit Lebens- und Arzneimitteln zersetzen die Moral der Streitkräfte, so heißt es.

Die SPPB berief den vormaligen Justizminister Maung Maung zum Nachfolger von Sein Lwin. Dieser bisher eher farblose Politiker soll ein gewisses Ansehen in der etablierten Opposition genießen, was den Versuch eines politischen Kompromisses mit diesem Sektor der Systemkritiker bedeuten könnte. Dafür spricht auch, daß Aung Gyi und zehn andere mit ihm Verhaftete wieder freigelassen wurden und Maung Maung nun die Durchführung eines Referendums über ein Mehrparteiensystem anstrebt. Schließlich trat noch der letzte gewählte Präsident des Landes aus der Zeit vor Ne Win, U Nu, wieder in die Öffentlichkeit und gründete eine Art Vorbereitungskomitee für die Bildung einer Partei, ja er soll die Ausrufung einer Gegenregierung erwägen. Ob einer dieser Politiker aber bei den studentischen Aktivisten Unterstützung finden kann und ob einer von ihnen für die Guerilla verhandlungsfähig ist, das scheint noch völlig offen.

Wie stark die Stellung der SPPB und ihres Regimes wirklich ist und wie loyal die Armee zu ihm steht, wird sich zeigen wenn die Schulen und Universitäten in Burma wieder geöffnet werden und es zu dem für Anfang September angekündigten Generalstreik kommt. Dann wird wohl auch deutlicher erkennbar werden, ob sich Ne Win wirklich endgültig von der Macht zurückgezogen hat oder ob er – wie verschiedene Beobachter vermuten – die Rolle einer "grauen Eminenz" übernehmen will, etwa nach dem Muster der Rolle, die Deng Xiaoping in der VR China spielt.

Die geplanten Wirtschaftsreformen – eine Lösung für das Regime?

Sollte eine erneuerte Regierung der SPPB aber ihre Stellung – unter welcher Führungsfigur auch immer – stabilisie-

ren können, dann wird die weitere Entwicklung sicher maßgeblich von Erfolg oder Mißerfolg der angekündigten Wirtschaftsmaßnahmen abhängen. In Bezug auf die Landwirtschaft stellt den Kern hier die Gewährung größerer Rechte (etwa das Recht auf selbständigen Ackerbau und das Eigentum an Pflanzen und Bäumen) und die Ermütigung privater Initiative bei den Bauern bzw. deren Kooperativen dar. Ganz besonders soll die Urbarmachung und Gewinnung von Neuland durch die Bereitstellung umfassender finanzieller und materieller Hilfe für private Unternehmungen gefördert werden. Die neue Wirtschaftspolitik soll sich auch durch die Abschaffung von Kontrollen, Beschränkungen und Hindernissen bei der Fleischproduktion durch die Bauern auszeichnen. Den Fischern wird wieder das Recht auf selbständige Befischung der Küstengewässer und zum Handel mit Fisch eingeräumt.

In der Industrie soll die Einrichtung von Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen gefördert werden, um Kapital und moderne Technologie ins Land zu holen. Die Exploration und Förderung von Erdöl und Erdgas sollen hierbei besondere Priorität genießen. Der Handel zwischen den einzelnen Regionen des Landes soll erleichtert und gefördert werden.

International wird außerdem eine massive Abwertung der burmesischen Währung Kyat gegenüber dem US-Dollar als notwendig vorausgesagt, wenn sich das Land stärker an den Weltmarkt ankoppeln will – und dies ist für das vorgelegte Wirtschaftsreformprogramm eine zwingende Voraussetzung.

Die Erfolgchancen einer "neuen" Politik des alten Regimes erscheinen so aus ökonomischen und politischen Gründen als sehr zweifelhaft. Breite private Initiativen und breite internationale Unterstützung im Bereich der Wirtschaft bei gleichzeitiger Zementierung der alten Machtverhältnisse stellen einen Widerspruch in sich dar, der eher auf die Entwicklung einer umfassenden Krise des Regimes hindeutet als auf eine beginnende erfolgreiche Reformära. In Rangoon ansässige Diplomaten sollen gegenwärtig gegenüber Journalisten die Lage auf folgenden Nenner bringen: "In Burma ist heute alles offen".

Frithjof Schmidt

Quellen: FEER v. 4.8., 11.8. 1988; MDA v. 28.7, 2.8., 4.8. 1988; FAZ v. 10.8., 12.8., 13.8., 27.8. 1988; taz v. 13.8. 1988; Le Monde v. 12.8., 13.8., 14./15.8. 1988